

Wildbader Tagblatt

(Enzthalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enzthal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 244

Feiertag 179.

Wildbad, Mittwoch, den 20. Oktober 1920.

Feiertag 179.

54. Jahrgang

Die Sprengung der U.S.P. Aukündigung des Bürgerkriegs.

Der Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Halle ist zu Ende. Die Partei ist auseinandergebrochen. Der unmittelbare Anlaß des Zerwürfnisses sind die 21 Bedingungen für den Anschluß an die Dritte kommunistische Internationale, die von den Moskauer Bolschewisten Lenin, Trotzki, Nadel usw. den deutschen Unabhängigen vorgeschrieben wurden. Die Entschiedenheit der Anschlußgegner, also der Reformisten, schalt sehr richtig die wesentlichen Bestimmungen aus dem Phrasenwust des Moskauer Manifestes heraus, die der deutschen U.S.P. bei einem Zusammengehen mit Lenin die Existenzfähigkeit vernichten: die verlangte Aufhebung der Selbständigkeit der angeschlossenen Landesparteien, die geforderte Zertrümmerung der Gewerkschaftsinternationale, der dilutierte Anschluß ganzer Scharen von Partigenossen, die solche Forderung der kommunistischen Internationale grundsätzlich ablehnen.

In diesem Ringen der Geister hat im Grund die Frage des Endziels, die schon vor zwei Jahrzehnten auf den sozialdemokratischen Parteitagen in Hannover, Lübeck und Dresden die Revisionisten und Radikalen voneinander schied, fröhlich Urständ erfahren. Wie damals, so ist auch jetzt der Drehpunkt aller Erörterungen, ob sich die Partei dafür entscheiden will, zu erkennen und zu bekennen, daß die Bewegung alles und das Endziel nichts sei, wie die ehemaligen Revisionisten und die heutige Rechte der U.S.P. meinen, oder ob die Partei der Aufkündigung huldigt, die Rosa Luxemburg vertreten hat: Das Endziel ist alles, die Bewegung ist nichts. Heute ist nur das Endziel begrifflich klarer gefaßt und heißt: Weltrevolution. Die um Crispian Dittmann und Ledebour sagen: Die proletarische Bevölkerung müsse erst vollkommen revolutioniert werden, nur mit einer derart vom Geist des Klassenkampfes erfüllten Masse könne das Endziel erreicht werden. Die Moskowiter (die Anhänger des Däumig, Söder, Braß, Hoffmann) hatten dem entgegen, die unmittelbare Gegenwart sei für die Weltrevolution reif. Man dürfe keine Zeit verlieren, um die politische Macht mit Hilfe des Terror und der Räekillatur zu erzwingen. Die Rechte hat zweifellos die Logik der Tatsachen für sich, wenn sie die Eignung der unmittelbaren Gegenwart zur Vollendung der Weltrevolution bezweifelt. Sie konnte sich auf die ruhig-nüchternen Haltung der englischen und der amerikanischen Sozialdemokraten gegenüber den Moskauer Drängern beziehen, und Hilferding spielte als seinen besten Trumpf den Hinweis auf die schweizerischen Sozialisten aus, deren Parteileitung wohl zuerst die Bereitwilligkeit zum Anschluß an die kommunistische Internationale erklärt hatte, nach Kenntnis der 21 Bedingungen aber, unter dem Druck ihrer Wähler, diesen Beschluß rückgängig machen mußte.

Im übrigen bedeutet der Parteitag in Halle auch eine Klärung des allgemeinen parteipolitischen Verhältnisses. Die radikale Linke sagte dem deutschen Volk Klipp und klar den Bürgerkrieg unter Moskauer Führung an. Der Führer dieses Flügels, Däumig, sagte in der Sitzung vom 13. Oktober: „Die Moskauer haben das Recht, Führer zu sein in diesem Kampf. In der Periode des Bürgerkriegs, in die wir eintreten, darf es keine demokratischen Hindernisse mehr geben. Nicht mehr ist die Frage zu stellen, ob wir einen Bürgerkrieg wollen oder nicht, es ist ein Verbrechen, zu sagen: wir wollen keinen Bürgerkrieg. Wir haben uns eben einzustellen auf diesen Bürgerkrieg. Weil uns Aufrund die Wege und Mittel dazu zeigt, deshalb bin ich für den Anschluß an die dritte (Moskauer) Internationale.“

Däumig forderte zu heimlicher Bewaffnung auf. Er tabelte solche Kommunisten, die den Geboten des Waffenablieferungsgegesetzes nachkommen. Er will eine Partei schaffen, in der „keiner es wagt“, diesem Reichsgegesetz und den Anordnungen der Reichsregierung zu gehorchen. Er will es unmöglich machen, daß Deutschland seine in dieser Hinsicht eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den gegen es verbündeten Mächten erfüllt. Die Kriegserklärung schließt mit der Mahnung an den deutschen Bolschewikentrupp: „Wir brauchen theoretische Klarheit und organische Geschlossenheit für den bevorstehenden Bürgerkrieg.“

Der Russe Sinowjew, der Abgesandte der Sowjetregierung, gab zu den Ausführungen Däumigs keine

vollste Zustimmung. Er gab auch ein Bild, wie nach bolschewistischem Willen der Bürgerkrieg, der große Endkampf in Deutschland zu führen sei. Von unten herauf sollen die Völkerverbände Asiens gegen die europäischen und vor allem gegen die deutsche Kultur losgelassen werden. „Für uns gilt keine Hautfarbe mehr!“ verkündete Sinowjew auf dem Parteitag. — Freilich sind ihm die Engländer und Franzosen mit ihrem schändlichen Beispiel im Weltkrieg vorangegangen, als sie die gebl. braunen und schwarzen Völker aufriefen, um im Bund mit 30 Genossen das 70 Millionen Volk im Herzen Europas zu vernichten. Die Engländer und Franzosen haben jetzt den Bolschewisten eine billige Ausrede für das ruchlose Wort geschaffen: „Für uns gilt keine Hautfarbe mehr.“ Behnhaufende von chinesischen Söldlingen sehen seit über zwei Jahren als Heerführer im Dienst der Sowjetregierung. Sie und ihresgleichen sollen gegen die europäischen Völker losgelassen werden. Es dreht sich in dem von Sinowjew angeführten Kampf also nicht mehr um Kapitalismus und Sozialismus, sondern um den Aufsturm einer von dem Bolschewismus in Bewegung gesetzten kulturellen Masse, die aus dem Völkerbrunnen Asiens gegen Westen ausbrechen soll. Sinowjew hat in einer vierstündigen Rede offen dargetan, daß es sich bei den Bolschewisten nicht um verrätnete Idioten, sondern um zielbewusste Machtpolitiker handelt, die sich nicht davor scheuen, um ihres Parteiprogramms willen die Völker des einen Weltteils gegen den andern mobil zu machen.

Wenn man eines in der Rede Sinowjews anerkennen muß, so ist es die Ehrlichkeit, mit der er die Kampffronten gegeneinander abgefeilt hat. Auf der einen Seite die asiatischen Massen mit der Moskauer Sowjetregierung an der Spitze, auf der anderen Seite die Westeuropäer mit dem Amsterdamer Gewerkschaftsverband, dem Bürgerturn und den Bauern. Hier steht der unerbittliche Feind, der die Gewerkschaften vernichten will. Aber auch dem Bürgerturn muß klar werden, daß es gilt, gegen diesen Feind Europas mit der deutschen Arbeiterschaft zusammenzusehen.

Der dritte Feind, dem der Kampf der Bolschewisten Moskauer gilt, sind die Bauern Deutschlands. Ihnen will Sinowjew eine Frist von 10 Jahren lassen, bis man sie sozialisiert. Bis dahin will man ihnen — echt russisch befehlen — Land geben, um sie für die Ideen der Bolschewisten zu begeistern. „Da kennen sie aber die deutschen Bauern nicht!“ ist dem Russen an dieser Stelle seiner Rede dazwischen gerufen worden. Und aus diesem Ausruf weht uns wie Trost für die Zukunft entgegen. Der deutsche Bauer ist zu intelligent, um sich von den bolschewistischen Tiraden einfach einfangen zu lassen, und er ist nicht landgierig genug, um jetzt sich durch die Verteilung von Land anlocken zu lassen mit der Aussicht, daß ihm nach einem Jahrzehnt alles wieder genommen und in die Obhut des Staats gebracht wird.

Die Fäden des Bolschewismus reichen weit nach Asien hinein. Es droht für Europa eine Gefahr wie der einst von den selbschindischen Türken, und Moskau ist das Konstantinopel von damals. Derselbe Fanatismus wie vor 500 Jahren ist zum Ausbruch gekommen, das Ziel, die Vernichtung Europas, ist daselbe, nur die Führer sind andere geworden.

Berlin, 19. Okt. Bei der gestern angefertigten Fraktionszählung der U.S.P. waren nur die Mitglieder des rechten Flügels in Stärke von 59 Abgeordneten anwesend. Die Linke, 22 Abgeordnete, hat sich als Unabhängige sozialistische Fraktion, Sektion Eichhorn, konstituiert.

In Hannover hat sich der kommunistische Flügel der Unabhängigen gestern mit Gewalt in den Besitz der Genossenschaftsdruckerei „Volkrecht“ gesetzt und die Ausgabe der bereits gedruckten Zeitung, die einen Aufruf Crispians und organisatorische Mitteilungen der provisorischen Leitung der gemäßigten Richtung enthielt, verhindert.

In Halle haben die Links-Unabhängigen und die Kommunisten das halle'sche Parteisekretariat der U.S.P. besetzt und einem der Sekretäre, der auf der Seite der Rechten steht, den Zutritt zu dem Büro verweigert. Ebenso durften die beiden bisherigen politischen Redakteure des „Volkblatts“ nicht mehr die Redaktion betreten, weil sie Gegner der Moskauer Bedingungen sind.

In Frankfurt a. M. versuchten gestern nacht die Radikalen, das Blatt der Unabhängigen „Das Volkrecht“ durch Ueberrumpfung in ihren Besitz zu bringen. Der Handstreich mißlang.

Berlin, 19. Okt. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß die Mehrheitssozialdemokratie und der rechte Flügel der Unabhängigen sich wieder vereinigen werden; beide Parteien sollen sich über die Sozialisierungsfrage geeinigt haben.

Berlin, 19. Okt. Der linke Flügel der U.S.P. hat gegen die Minderheit die Klage angebracht auf Auslieferung des Vermögens und des Archivs der Partei, die ihnen vom rechten Flügel der Partei vorenthalten wird.

Gegen die aus dem Reichsgebiet ausgewiesenen russischen Gewerkschaftsführer Sinowjew und Sosnowski ist von Teilnehmern der Versammlung in Halle Anzeige wegen Aufforderung zum Hochverrat erstattet worden. Die Russen haben in einer Versammlung von Arbeitern in einem Vorort von Halle gesagt, kein Arbeiter solle die Waffen abliefern, sondern sie gebrauchen, um die bürgerliche Regierung zu stürzen und ihre jetzigen Träger nach Kriegrecht zur Beseitigung zu bringen.

Unternehmergewinne und Arbeitslohn.

Von der Daimler-Motoren A. G. Untertürkheim erhalten wir folgende Zuschrift:

„Der Freie Angestellte“, Zeitschrift des Zentralverbandes der Angestellten, hat unter dem 25. August eine Abhandlung mit der Ueberschrift „Unternehmergewinne und Arbeitslohn“ veröffentlicht, die in dem folgenden Sage gipfelt:

Für die D.M.G. ergab sich als Gewinn aus den Jahren 1914-17 eine Gesamtsumme von 95 847 332 Mk. 16 Pfg., nachdem im selben Zeitraum insgesamt an Arbeitslöhnen gezahlt worden waren: 53 090 312 Mk. 10 Pfg. So blieb also die Gesamtsumme der angeblich so hohen Löhne der nach Tausenden zählenden Angestellten und Arbeiter noch weit, weit hinter dem zurück, was die paar Daimlerkapitalisten als Gewinn einbrachten.“

Diese Zahlen und Schlussfolgerungen sind von Grund aus unrichtig, denn die Arbeiter und Angestellten haben in den Jahren 1914/17 erhalten an produktiven und unproduktiven Löhnen, Gehältern und Gratifikationen insgesamt 97 155 769.35 Mk. Bemerkenswert ist, daß „Der Freie Angestellte“ unter Löhnen nur die produktiven berücksichtigt und auch dafür falsche Zahlen angibt, während die unproduktiven Löhne ganz fehlen.

Abgesehen von den Löhnen, Gehältern und Gratifikationen hat die Gesellschaft zugunsten ihrer Arbeiter und Angestellten für Kranken-, Invaliden-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestelltenversicherung, Angestellten-Pensionskasse, Arbeiterunterstützungskasse, Werkfläche, Kantine usw. ausgedehnt in den Jahren 1914/17 zusammen 16 Mill. 210 177.66 Mk. Außerdem hatten die D.M.G. in dieser Zeit an Steuern bezahlt zusammen 75 029 914.31 Mk., an Dividenden 8 720 000 Mk. Die D.M.G. hat also in den Jahren 1914/17 aufgewendet zugunsten des Arbeiter 113 865 947.01 Mk., zugunsten des Reichs, der Länder und Gemeinden 75 029 914.31 und zugunsten der Aktionäre 8 720 000 Mk.

„Der Freie Angestellte“ beschränkt seine Betrachtungen auf die Jahre 1914/17. Wir wollen auch für die Jahre 1918 und 1919 die entsprechenden Zahlen veröffentlichten. Angewendet wurden zugunsten der Arbeiter und Angestellten 1918 an produktiven und unproduktiven Löhnen, Gehältern, Gratifikationen und Wohlfahrtszwecken 91 030 438.27 Mk.; 1919 72 647 886.80 Mk. Zugunsten des Reichs, der Länder und Gemeinden 20 768 777.55 Mk. bzw. 6 630 830.38 Mk., zusammen 111 799 216.82 Mk. bzw. 79 278 717.18 Mk. Demgegenüber wurden an Dividenden verteilt 1 920 000 Mk. bzw. 1 600 000 Mk.

Bemerk wird, daß gegen fast alle Steuerveranlagungsbescheide noch Beschwerden schweben; in den mitgeteilten Zahlen sind auch die unbezahlten Steuerbeträge eingerechnet.

Die Generalabrechnung für die Jahre 1914/19 ergibt folgendes Bild: Angewendet wurden zugunsten der Arbeiter und Angestellten an Löhnen, Gehältern, Gratifikationen und für Wohlfahrtszwecke 277 044 273.08 Mk., zugunsten des Reichs, der Länder und Gemeinden 102 Mill. 429 522.24 Mk., zusammen 379 473 795.32 Mk., zugunsten der Aktionäre 12 240 000 Mk.

Neues vom Tage.

Reichslandwirtschaftskammer.

Berlin, 19. Okt. Der Verfassungsausschuss des Reichswirtschaftsrats wird demnächst die Neuordnung der Wirtschaftsvertretungen und die Gestaltung der amtlichen Berufsvertretungen beraten. Die Reichsregierung wird darauf einen Gesetzentwurf für die Errichtung einer Reichslandwirtschaftskammer ausarbeiten und die Richtlinien für den Aufbau der landwirtschaftlichen Berufsvertretung in den Einzelstaaten aufstellen.

Erhöhung der Versicherungsgrenze.

Berlin, 19. Okt. Im Reichskabinett wird die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf Einkommen bis 30 000 Mark vorbereitet, nachdem bereits der Erhöhung der Versicherungsgrenze bis 30 000 Mark für die Reichsangestellten-Versicherung vom Kabinett zugestimmt worden ist.

Gegen die Barbarei.

Berlin, 19. Okt. Geheimrat Prof. Dr. Czerny fordert im „Berl. Lokalanz.“ nicht nur die Ärzte, sondern das ganze deutsche Volk auf, sich an die gesamte Menschheit zu wenden, um der feindlichen Barbarei ein Ende zu machen, wie sie sich wieder in der wahnwitzigen Forderung von 810 000 Milchkuh kundgibt einem Volk gegenüber, das durch die langjährige Hungerblockade schon aufs äußerste geschwächt ist.

Neue Anklagen gegen Erzberger.

L. U. Berlin, 19. Okt. Der Herausgeber der „Nationalen Korrespondenz“ Dr. Ernst Büsk erklärt eine Erklärung über die Zurücknahme der Klage Erzbergers gegen ihn, in der er behauptet, die Zurückziehung des Strafantrags sei erfolgt, nachdem Erzberger von den umfangreichen Beweisunterlagen der baltischen Anwälte Kenntnis erhalten hatte. Seine Anwälte haben unter anderem unter Beweis gestellt, daß Herr Erzberger in einer Reihe von Fälschen falsche Steuererklärungen abgegeben und in dem Prozeß gegen Helfferich in einer Reihe von Fälschen unter seinem Eid bewußt die Unwahrheit ausgesagt habe. Büsk erklärt, er erhebe hiermit die in diesen Beweisunterlagen enthaltenen Beschuldigungen gegen den früheren Reichsfinanzminister Erzberger ausdrücklich in offener Öffentlichkeit, um ihm zunächst Gelegenheit zur Wiederaufnahme seines Strafantrags zu geben.

Aus dem besetzten Gebiet.

Audernach a. Rh., 19. Okt. Die amerikanische Behörde hat auf Veranlassung der Gewerkschaften 9 Wagen Kartoffeln, die ins Ausland verschoben werden sollten, beschlagnahmt und sie der deutschen Bevölkerung zum Preis von 26 Mark für den Zentner zur Verfügung gestellt. (Im Rheinland und in den norddeutschen Städten werden für Kartoffeln 40—60 Mk. bezahlt.)

Denkschrift über Oberschlesien.

Berlin, 19. Okt. Dem Reichstag ist eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes über den Aufstand in Oberschlesien im August und September 1920 zugegangen, in der die polnischen geheimen Machenschaften in allen Einzelheiten dargelegt, sowie reiches statistisches Material zum Beweis der polnischen Umtriebe beigebracht werden.

Hilfe für die Studierenden.

Berlin, 19. Okt. Die Direktoren aller Berliner Hochschulen, eine Anzahl führender Politiker, Schriftsteller, Industrieller usw. erlassen einen Aufruf zur Vinderung der Kollage der Berliner Studierenden.

Krieg im Osten.

Haag, 19. Okt. Der Warschauer „Times“ Reporter meldet, daß die Generale Bernikow und Balachowitsch, die zusammen 60 000 Mann unter sich haben, zum Krieg gegen Rußland auf eigene Faust fortsetzen werden. Der erstere habe sich unter den Befehl von Wrangel, der letztere unter den Befehl des russischen Komitees gestellt, das bisher seinen Sitz in Warschau hatte. Sie werden in der Richtung von

Rinsk und Witebsk vorrücken und versuchen, überall Bauernaufstände gegen die Moskauer Regierung zu erregen.

Kopenhagen, 19. Okt. Das ukrainische Pressebureau meldet, der linke ukrainische Flügel sei in der Gegend von Konstantinow von 25 000 Bolschewisten angegriffen worden, die aber vollständig geschlagen worden seien. Eine rote Reiter-Brigade von 2000 Mann sei völlig vernichtet worden. Bei Berditschew ziehen die Roten neue Truppen zusammen.

Die Ukrainer sollen Kiew besetzt haben.

Nach Berichten aus Sebastopol sind die Roten in Alexandrowsk von General Wrangel vollständig überfallen worden; fast alle Kommissare wurden gefangen. Die Bauern und Arbeiter unterstützen Wrangel. Viele Freiwillige treten in sein Heer ein. Bei Pielunow wurden die Roten erneut geschlagen.

Warschau, 19. Okt. Die lithuanische Regierung ist in Schwierigkeiten geraten. Man wirft ihr vor, daß sie bei dem polnischen Ueberfall auf Wilna nicht genug Entschlossenheit gezeigt habe. Als neuer Ministerpräsident wird der Polenfeind Sklezowicz genannt.

Aus London wird gemeldet, daß den Bolschewisten der Schatz des Emirs von Buchara im Wert von mehreren Milliarden Rubel „in die Hände gefallen“ ist.

Der Streit in England.

London, 19. Okt. Die Bergleute glauben instande zu sein, den Streik mindestens 6 Wochen lang auszuhalten.

Bei einem Zusammenstoß eines Umzugs der Arbeitlosen mit der berittenen Polizei in der Downing-Strasse, in der das auswärtige Amt liegt, gab es über 120 Tote und Verwundete.

Japans Vordringen in China.

Tokio, 19. Okt. Die japanische Regierung macht bekannt, daß sie zur Unterdrückung des Bandenwesens an der mandchurisch-forensischen Grenze Truppen absenden werde, obgleich China die Beteiligung an dem Unternehmen abgelehnt habe.

Koblenz, 19. Okt. Die Rheinlands-Kommission hat eine Verordnung erlassen, daß alle im besetzten Gebiet erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften, die von der Kommission oder anderen Besatzungsbehörden aufgegebenen amtlichen Mitteilungen in der vorgeschriebenen Art und Zeit auf Anordnung unentgeltlich zu veröffentlichen haben. Der deutsche Kommissar hat bei der Kommission Vorstellungen erhoben.

Belgrad, 19. Okt. Die südslawische Regierung hat den Truppen, die in das kärntner Abstimmungsgebiet eingedrungen waren, die Weisung gegeben, sich unter den Befehl der Abstimmungskommission zu stellen.

London, 19. Okt. Es wird gemeldet, zwischen der englischen, französischen und belgischen Regierung sei eine Einigung zustande gekommen, daß die Vertreter Deutschlands bei der Beratung der Kriegsentwickelung sowohl bei der Vorbesprechung der Sachverständigen wie bei der nachfolgenden Konferenz zugelassen sein sollen. — Wer gleichberechtigt oder nur mit „beratender“ Stimme?

Reichstag.

Berlin, 19. Okt. Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 1/4 Uhr. Das Haus ist schwach besetzt.

Der Präsident gedenkt der schweren Stunden, die unsere Volksgenossen in Oberschlesien während der Pause der Reichstagsverhandlungen durchmachen mußten.

Abg. Ledebour (USP.) beantragt, den heute eingereichten Antrag Überhold noch auf die Tagesordnung zu setzen, in dem gegen den Ausschluss der beiden Sowjetdelegierten Protest erhoben wird.

Abg. Schutz-Bromberg (D. nat. Vp.) erhebt dagegen Einspruch. Die Mehrheit des Hauses sei sich darüber klar, daß die Ausschlussfrage so schnell wie möglich durchgeführt werden müsse.

Präsident Ebert erklärt, infolge dieses Widerspruchs könne der Antrag Überhold heute nicht auf die Tagesordnung kommen.

Das alte Lied.

Roman von Fr. Lehne.

26. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Ihr war gar nicht so zum Scherzen zumute; sie blühte sich bedrückt, geängstigt, innerlich unfrei, und unwillkürlich kamen ihr Gretchen's Worte in den Sinn: „Es ist so schwül, so dumpfig hier und ist doch eben so warm nicht drauß.“ — Es wird mir so, ich weiß nicht wie, ich wollt' die Mutter käm nach Haus. Mir läuft ein Schauer über'n Leib, bin doch ein töricht furchtjam Weib.“

Aber mit Gewalt suchte sie das Gefühl abzuschütteln und sagte mit erzwungener Lustigkeit, während gleichzeitig Klingelte:

„Heut' hab' ich etwas anders für Sie! — Die Mappe aus der Bibliothek mit der Aufschrift „Rom“, befahl sie dem eintretenden Diener, der auch sogleich das Gewächst brachte. Sodann rückte er ein Tischchen vor Reginas Stuhl, legte die Mappe darauf und entfernte sich.“

„So, Schönstedt, nun möchte ich Sie, so gut ich kann, unterhalten, denn ich lasse Sie nicht fort, bis Sie den Grafen gesprochen haben, der Ihnen sicher Grüße für Kirchbach überträgt wird. Längst schon versprach ich Ihnen, näher von unserem Aufenthalt in Rom zu erzählen — o, es war herrlich dort — und doch bin ich noch nicht dazu gekommen.“

Eifrig erklärte sie ihm nun die verschiedenen Bilder; es waren Ansichten der Stadt, der Umgebung, ihrer Villa, sowie auch Photographien von der Gesellschaft. Aufmerksam hörte er zu; noch aufmerksamer verfolgte er die Bewegungen der schlanken, weißen Hände, die reich mit kostbaren Ringen geschmückt waren. Er half ihr beim Umblättern, und wenn sich dabei ihre Hände berührten; zuckte sie zusammen und wurde rot. Einmal hatte er gewagt, ihre Hand festzuhalten; aber da hatte ihn ein so sehender Blick getroffen, daß er sie sofort losließ. Sie sprach viel und eifrig wie selten,

fast nervös, gleichsam, als wollte sie so am besten über das Beängstigende des zu zweien hinwegkommen.

„Also auf diesem Gruppenbilde sehen Sie Frau von Schwewe, meine mütterliche Freundin, von der ich Ihnen schon erzählte.“

„Und wer neben ihr ist der auffallend schöne Mann, ein moderner Apoll?“

Sie konnte nicht verhindern, daß sie bei dieser Frage etwas errötete, was er wohl bemerkte.

„Ah, pardon, Frau Gräfin,“ sagte er da etwas rauh, „ich berühre da wohl eine zarte Erinnerung?“

„Ich bitte, Herr von Schönstedt —“, wies sie ihn ernst zurecht.

Es war, als ob eine eiserne Hand nach ihrem Herzen gegriffen hätte, als sie Cesare's Bild gewahrte — gleichsam, als ob er sich ihr jetzt in Erinnerung bringen, sie warnen, sie höhnen wollte — damals war es ja auch eine Stunde zu zweien gewesen! Sie warf einen scheuen Blick nach Gernot, der dastand vor sich hinsah.

Reginas merkwürdiges Erschrecken beim Anblick dieses Bildes hatte ihn aus dem beglückenden Wahn gerissen, daß er ihr etwas sei — gegen diesen Adonisstyp mit den tiefen bedrückenden Augen kam er freilich nicht auf — und wer, mit einer schönheitsdürstigen Seele begabt, diesen Mann liebte, war gegen jeden anderen Einstuß gefeit! Und sicher tat sie das, sonst hätte sie nicht so oft so verloren vor sich hingestarrt und wäre gegen ihn nicht so unbefangen und — mütterlich gewesen — er war eigentlich ein Tor, alles so tragisch zu nehmen.

Da legte sie ihren Hand auf seinen Arm.

„Sie hören ja gar nicht, Herr von Schönstedt. Woran denken Sie? Sie sehen so finster aus!“

„Eine Frage, Frau Gräfin. Wer ist jener Mann?“ fragte er mit rauher Stimme.

Ein kühl verwundertes Blick traf ihn.

„Ben meinen Sie, Herr von Schönstedt? Ah so ich sagte es Ihnen doch bereits — Sie hörten aber nicht! Marchese Conchi — der schönste Mann von

Der Aufenthalt verlängert.

Berlin, 19. Okt. Nach dem „Berl. Tagebl.“ ist den ausgewiesenen Bolschewisten Sinowjew und Lwowski die Aufenthaltserlaubnis verlängert worden.

Die Wahlen in Deutsch-Oesterreich.

Wien, 19. Okt. Die Wahlen in allen Landesteilen zusammen haben eine starke Mehrheit der bürgerlichen Parteien ergeben.

Bisheriges Ergebnis: 78 Christlich-Soziale, 72 Sozialdemokraten, 16 Großdeutsche, 3 Bauernpartei, 1 Bürg. Arbeitspartei; dazu kommen noch 15 Mandate aus Reststimmen. Die Sozialisten verlieren 7, die Großdeutschen 8 (darunter die abgesplitterten 3 Bauernp.), die Jüdisch-nationalen und Tschechen je 1 Mandat. Die Christlich-Sozialen gewinnen 14 Mandate.

London, 19. Okt. Der Kohlenstreik ist heute allgemein. Tausende von Seeleuten sind arbeitslos.

Die Lage hat sich merklich verschlimmert. Der Streik lähmt Handel und Industrie fast vollständig. Die Regierung besitzt aber sehr bedeutende Kohlenvorräte. Die Streikklassen sind noch schwach. Eisenbahner und Transportarbeiter zeigen Keigung, am Streik teilzunehmen.

Paris, 19. Okt. Die Völkerverkonferenz hat die Regierung in Wien wissen lassen, daß die verbündeten Mächte das Ergebnis der Volksabstimmung von Klagenfurt respektieren werden. Die Großmächte rechnen aber andererseits darauf, daß Oesterreich die Verträge von Versailles und St. Germain nicht verleihe, sowie den Anschluß Oesterreichs an Deutschland ohne vorherige Genehmigung des Völkerverbunds verbiete.

Paris, 19. Okt. Der japanische Ministerpräsident Hara betonte vor dem Verteidigungsausschuss die Notwendigkeit eines industriellen Mobilisationsplans, um sofort ein zweckmäßiges Zusammenarbeiten aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes im Ernstfall zu ermöglichen. Die Inseln und die Bucht vor Tokio werden stark befestigt.

Württemberg.

Stuttgart, 19. Okt. (Aus dem württ. Staatshaushalt.) Dem Landtag ist, wie berichtet, der württ. Staatshaushaltsplan zugegangen. Die Gesamtausgaben sind von 226,5 Millionen auf 518,1 Millionen Mk. gestiegen. Im einzelnen sind folgende Posten von Interesse: Die Personalkosten beim Kultministerium erfordern einen Mehraufwand von rund 75 Millionen Mk. Der Aufwand für Pensionen beansprucht Mehrausgaben von rund 12,5 Mill. Mk. Auffallend ist, daß die Verwaltung der Finanzen, trotz des Uebergangs eines großen Teils der Finanzverwaltung ans Reich, für 23,3 Mill. Mk. Mehrausgaben verlangt. Die Ablösung der Zivilliste erfordert 3,3 Mill. Mk., d. i. 2,1 Mill. Mk. mehr. Die Rente des Herzogs Wilhelm beträgt aber nach wie vor 200 000 Mk. Die Verwaltung des früheren Kronrats erfordert nach Abzug der Einnahmen von 780 000 Mk. noch 1,9 Mill. Mk. (i. Vorjahr 1,5 Mill. Mk.). Der Aufwand für Pensionen an frühere Hofbeamte ist von 550 000 Mk. auf 1,3 Mill. Mk. gestiegen. Aus den Zinsen, die Württemberg aus dem Reich für Uebertragung der staatlichen Eisenbahnen und der Post zustießen, soll ein staatlicher Gebäude- und Grundstücksfonds gebildet werden. Für 1920 sind 10 Millionen Mk. zur ersten Grundstockbildung vorgesehen. Aus den Einnahmen des neuen Staatshaushalts, die um 5,3 Mill. Mk. hinter den Ausgaben zurückbleiben, sind als beste Quelle die Forsten zu nennen, die einen Reinertrag von 85 Millionen abwerfen oder gegenüber dem Vorjahr sich verdoppelt. Die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer ist bedeutend erhöht worden, so daß aus dem Gebäudesteuer allein 27 Mill. Mk. Ertrag herauskommt. Der Beitrag der Gemeinden zu den Lehrerbefehlungen beläuft sich auf 21,7 Mill. Mk. während der Stadt rund 133 Mill. Mk. aufwendet. Die Presseabteilung beim Staatsministerium erscheint mit

Rom! Leht ist er tot —, und in kurzen Worten erzählte sie von ihm.

„Und — und —“ er stockte, als suchte er nach dem passenden Worte, dann plötzlich, unvermittelt — „und er stand Ihnen nahe, Frau Gräfin?“

„Nein, Herr von Schönstedt! — Wie kommen Sie darauf? Jedoch schätzte ich ihn und habe seinen frühen Tod von Herzen bedauert.“

Er atmete auf. Ja, er glaubte ihr. So ruhig konnte keine Frau von dem Geliebten ihres Herzens sprechen. Beide schwiegen; gedankenlos nahm er ein Buch zur Hand, das auf einem Tischchen neben ihm lag. Er blätterte flüchtig darin, bis sein Auge auf einem Bedicht haften blieb.

„Was sehe ich, — Gernot von Schönstedt liest Gedichte — er, der immer so wegwandernd über „das alte Zeug“ sprach?“ lächelte sie. „Lassen Sie doch sehen, was — Buch der Lieder? — nein! — Ein Gedanke — lesen Sie mir etwas vor.“

„Wirklich, gnädige Frau, wirklich, das, was ich so eben gelesen?“ fragte er ernst mit eigentümlichem Blick.

„Ja, warum fragen Sie noch! Ich höre es gern —“ und er begann zu lesen:

So soll es enden denn,
Fahr wohl, du süße Frau,
Fahr wohl, du traute Stadt!
Was doch kein Ende hat!

Ach in dein blaues Aug
Hab ich zu tief geschaut,
Und in dein laufend Herz
Sprach ich zu laut, zu laut.

Und schloß die Nacht nicht mehr
Die müden Augen zu;
So soll es enden denn
Mit langer, langer Ruh!

Bohl flieht der Rhein hinab
Noch manches lange Jahr,
Eh' ich vergessen hab,
Wie schön, wie schön das war!

(Fortsetzung folgt.)

einem Gesamtanwand von 115 000 Mk. (bisher 22 000 Mk.). Sehr teuer ist die Württ. Vertretung beim Reich in Berlin geworden. Sie erfordert 514 000 Mk. gegen bisher 164 000 Mk. Der Aufwand für den Landtag beträgt 1,4 Mill. Mk. (im J. 1918 nur 478 320 Mk.). Bei der Zufußverwaltung sind die persönlichen Ausgaben von 5,6 Mill. auf 16,2 Mill. gestiegen.

Stuttgart, 19. Okt. (Das Landessteuergesetz.) Dem Landtag ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz zugegangen. In diesem wird die finanzielle Auseinandersetzung des Staats mit seinen Gemeinden geregelt auf Grund der vom Reich aufgestellten Grundsätze.

Der Staat erhält den Mindestbetrag für die Rechnungsjahre 1920—21 und 1922, der dem Staatlichen Einkommen-, Vermögen- und Kapitalsteuerertrag im Rechnungsjahr 1919 zuzüglich einer Steigerung von 25 Proz. entspricht. Dieser Staatsanteil beträgt nach dem Haushaltsplan 300 Millionen Mk. Jede Gemeinde erhält den bis 1. April 1920 zu gewährleistenden Anteil an Gemeindefinkommen- und Gemeindefiskalsteuer zuzüglich einer Steigerung von 25 Proz. Ueberschüssen in einer Gemeinde zwei Drittel des Aufkommens an Einkommen- und Körperschaftsteuer den Mindestbetrag und beträgt die Gemeindeumlage mehr als 8 Proz., so wird der Gemeindeanteil erhöht und in Prozenten des örtlichen Landesanteils festgesetzt. Der Prozentsatz beträgt das Fünftel des über 8 Proz. hinausgehenden Gemeindeumlageanteils, darf aber höchstens auf 50 Proz. steigen. Es soll ein Ausgleichsstock geschaffen werden, aus dem notleidenden Gemeinden wie dem Staat weitere Zuschüsse zufließen können.

Gemeinden mit einer höheren Umlage als 8 Proz. können folgende Steuern erheben: 1. Eine Zusatzsteuer vom Einkommensteuerfreien Mindesteinkommen, 2. einen Zuschlag zur Grunderwerbsteuer im Höchstbetrage von 1,6 Proz. des steuerpflichtigen Wertes, 3. eine Verbrauchsabgabe von Bier, 4. eine Hundesteuer mindestens im Betrag von 40 Mk. Das Gebäudekataster erhält einen Zuschlag von 15 Proz., das Grund- und Geschäftskataster einen solchen von 100 Proz., das Gewerbesteuerkataster einen solchen von 10 und 20 Prozent. Den Gemeinden stehen ferner zu: Die Vergnügungssteuer rückwirkend auf 1. Juli 1920 auch für den staatlichen Anteil, die Bauplatzsteuer mit bis zu 5 Mk. von 1000 Mk. Wert des Grundstücks, die Warenhaussteuer.

Auch die Amtskörperschaftsumlage wird neu geregelt. Als Grundlage dient zur Hälfte der Betrag des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, zur anderen Hälfte das örtliche Einkommen der Einkommen- und der Körperschaftsteuer. Als Nebensteuern bleiben bestehen: Wohnsteuer, Fremdenwohnsteuer, Wertzuwachssteuer und Zuschlag zur Wandergewerbesteuer.

Stuttgart, 19. Okt. (Das Schullastengesetz.) Der Entwurf eines Schullastengesetzes bestimmt: Bei den Volksschulen verbleibt es bei den durch das Lehrerbefoldungsgesetz festgesetzten Gemeindeleistungen. Ebenso bleibt es hinsichtlich der Gewerbe- und Handelschulen bei den gesetzlichen Bestimmungen, wobei die Kinderzulagen vom Staat allein getragen werden. Bei den Grundschul- und den Frauenarbeitschulen tritt zu den gesetzlichen Gemeindeleistungen ein Zuschlag von 100 Prozent, soweit nicht durch besondere Verträge etwas anderes bestimmt ist. Die bisher gewährten Staatsbeiträge zum Befoldungsaufwand der Gemeinden für die höheren Schulen fallen weg. Den durch die Gemeindeleistungen nicht gedeckten Teil der Bezüge für die genannten Schulen hat die Staatskasse zu tragen. In den Bezügen der Lehrkräfte an den Bürgerschulen leistet der Staat einen jährlichen Beitrag von 8000 Mk. für jede planmäßige und je 4000 Mk. für jede außerplanmäßige hauptamtliche Stelle und an den Elementarschulen. Der Gesamtanwand für 1920 beträgt 155 Millionen Mk. (im Vorjahr 73 Mill. Mk.). Davon haben die Gemeinden 21,5 Mill. (12 Mill.), der Staat 133,4 Mill. (61 Mill.) zu tragen.

Stuttgart, 19. Okt. (Sitz des Reichsverwaltungsgerichts.) Abg. Bazille (B.P.) hat im Landtag den Antrag eingebracht, die Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß der Sitz des zu errichtenden Reichsverwaltungsgerichts nach Stuttgart gelegt werde.

Stuttgart, 18. Okt. (Beeridigung.) Die Beeridigung Kaiser Kaisers findet dem Wunsch des Dichters entsprechend, in Stuttgart statt und zwar am Mittwoch nachmittag 3 1/2 Uhr von der Kapelle des Prager Hofes aus. Die Angehörigen sind bereits in Stuttgart eingetroffen.

Stuttgart, 18. Okt. (Ernennung.) Der Oberamtsvorstand von Waiblingen, Regierungsrat Kaufmann, ist zum gehobenen Regierungsrat bei der Regierung des Neckarkreises ernannt worden.

Stuttgart, 18. Okt. (Aus dem Parteileben.) Auf der gestrigen Herbsttagung der Deutschen demokratischen Partei legte, wie die D. d. Pressekorrespondenz mitteilt, Abg. Konrad Kaufmann wegen der großen und vielseitigen anderweitigen Inanspruchnahme seiner politischen Tätigkeit den Parteivorstand in Württemberg, den er zwei Jahre hindurch geführt hatte, wieder. In der Nachmittagsversammlung hielt Abg. Kaufmann eine kurze Ansprache, in der er u. a. auf die sozialistischen Parteitage zu sprechen kam. Der Ueberzeugung sei seit dem Parteitag in Halle leichter zu bekämpfen. Arbeitsminister Dr. Schall sprach über den Wiederaufbau unierer Wirtschaft. Er wies darauf hin, daß man in Deutschland nur sehr langsam zu dem Bewußtsein komme, was der Vertrag von Versailles für uns bedeute. Während wir jeden Tag für den Kopf 2 Mark an Steuern zu zahlen haben, haben wir für Frankreich 4 Mark täglich aufzubringen. Wir müssen unbedingt zu einer Einschränkung des Verbrauchs kommen. Abg. Dr. Mühlberger führte aus, wir müßten uns wieder daran gewöhnen, den Begriff der nationalen Ehre hochzuhalten. Die arbeitende Jugend müsse wieder

zur Vernunft gebracht und die Kraft wütenden Arbeiter und akademischer Jugend überbrückt werden.

Stuttgart, 18. Okt. (Vorschlag an Pensionäre und Hinterbliebene.) Da es bis jetzt nicht möglich war, die in Aussicht genommene gesetzliche Erhöhung der Bezüge der Pensionäre und Witwen (d. h. derjenigen Ruhestandsbeamten und Beamtentwitwen, deren Ruhegehälter, Witwengehälter und Witwenpensionen nicht unter Zugrundelegung der aus dem Befoldungsgesetz vom 31. Mai 1920 sich ergebenden Dienstbezüge nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes festzusetzen) zu verabschieden, hat das Staatsministerium in Berücksichtigung der Notlage dieser Personen genehmigt, daß ihnen in Anrechnung auf die in Aussicht genommene Erhöhung ihrer Bezüge neben dem seit 1. April ds. Js. in Auszahlung kommenden Vorschuß von 50% der früheren Bezüge ein weiterer Vorschuß von je 50 Mark monatlich gleichfalls mit Rückwirkung vom 1. April ds. Js. ab gezahlt werde.

Stuttgart, 18. Okt. (Vom Tage.) In einem Frauenabort des Hauptbahnhofes wurde die stark in Bewegung übergegangene Leiche eines neugeborenen Kindes, in einer Schachtel verpackt, aufgefunden.

Geislingen a. St., 18. Okt. (Todesfall.) Die alten Wanderer wohl bekannte, durch unwürdigen Humor sich auszeichnende Witwe Frau Franziska Wagenblast, die „Anschalt-Franzel“, ist am Sonntag, 76 Jahre alt, gestorben. Sie ist einmal vor etwa 20 Jahren irrtümlich in den Zeitungen totgepflegt worden.

Heidenheim, 18. Okt. (Diebstahl.) In Bolheim wird geklagt, daß die Felddiebstähle, die Entwendungen von Obst, Holz usw. arg überhand nehmen. Dieser Tage wurde dort auch das Ochsenjoch gestohlen.

Überdorf, 18. Okt. (Der Eisenbahnunfall.) Nachdem Tag und Nacht an der Herstellung der Bahnstrecke und der Beseitigung der Hindernisse auf der Station Überdorf durch das Notwehrpersonal gearbeitet worden war, konnte gestern der Betrieb wieder eingeleitet aufgenommen werden, jedoch das lästige und zeitraubende Umsteigen mit einem 2 Km. langen Fuhrmarsch durch Überdorf vermieden ist. Es kostete große Mühe, die umgestülzte Riesenmaschine, die bis auf das Rädergestell fast ganz zerstört ist, aufzurichten. Die Maschine wird zerlegt entriert. Die fünf Wagen haben dank ihrer schweren Bauart, der es wohl neben der unrichtigen Haltung des Lokomotivführers Bauer und des Heizers Hermann aus Tübingen zu verdanken ist, daß die Entgleisung nicht zu einem fürchtbaren Unglück führte, weniger notgedrungen. Es scheint, daß die Lokomotive des Bäckerei-Schmelzwerks die Weiche durchschritten hat, worauf sie mit dem Gepäckwagen darüber hinausfuhr, während die vier Personenwagen auf das andere Gleis übersprangen. Der Zug bewegte sich noch etwa 50 Meter auf den Schwellen fort, bis sich die Maschine losriß und 10 Meter fortgeschleudert wurde, wobei sie umstürzte. Bauer hatte sofort Gegenampf gegeben, als er das Ueberspringen der Weiche erkannte. Die Reisenden, darunter 70 Ferienkinder aus Hamburg, mußten sich durch die Fenster retten, kamen aber, außer einigen unbedeutenden Verletzungen, mit dem Schrecken davon. Kommerzienrat Kienle aus Schweningen dankte dem Lokomotivführer Bauer und dem Heizer Hermann, die bis zuletzt auf der Maschine geblieben waren, für ihre Pflichttreue und Besonnenheit; eine alsbald unter den Reisenden veranstaltete Sammlung ergab die schöne Summe von 1100 Mark, die den beiden Beamten als Dankesbezeugung ausgefolgt wurde.

Nußloch (bei Heidelberg), 18. Okt. Die hiesige Gemeinde hat beschlossen, auf die Inanspruchnahme des Wohnungsamts eine Art Steuer zu legen, und zwar sind von einem neuzuziehenden Mann 100 Mk., von einem zuziehenden Mädchen (oder Frau) 50 Mk., von einem Mann, der heiraten will, aber noch nicht 25 Jahre alt ist, 50 Mk. zu zahlen.

Von der Alb, 19. Okt. (Wie es draußen aussieht.) Die zum größten Teil vollendete Aussaat verlief recht günstig. Weiße Flächen haben sich bereits mit frischem saftigem Grün bedeckt, das nun geklärt dem kommenden Winter entgegensteht. Die Kartoffelernte ist weit besser ausgefallen, als man ursprünglich schätzte. Bezahlt wurden 23 oder 24 Mk. für den Zentner ab Bahnhof. Bei den Kohlraben ist ein gleich günstiges Ergebnis eingetreten. Es gibt neuer Riesengewächse von 15—20 Pfund. Mit dem Mostobst ist es eine heikle Sache. Schweizer Obst kommt auf 75—80 Mk. zu stehen. Die Höchstpreise des Ernährungsministeriums kamen zu spät. Und doch braucht der Landwirt Most. Das Liter kommt auf 1—1,20 Mk. Nach Weinjahren herrscht starke Nachfrage. Es werden 400 Mk. für den Zentner bezahlt.

Siberach, 19. Okt. (Festgenommene Arzneischieber.) Beamte des Landespolizeiamts haben zwei Männer festgenommen, die sich mit unerlaubten Arzneimittelhandel befaßten.

Landtag.

Stuttgart, 19. Okt.

Präsident Walter eröffnet die 12. Sitzung um 3 1/4 Uhr. Am Regierungstisch: Sämtliche Minister. Nach Bekanntgabe einiger Einläufe tritt das Haus in die Generalstreikdebatte auf Grund der Anfrage des Abg. Keil und Gen. (Soz.) ein.

Staatspräsident Dr. Hieber: Es handelt sich um den größten Streik, der bisher in unserem Land in Szene gesetzt worden und gescheitert ist. Die Regierung hat alle Versuche erster Beilegung und Warnung erschöpft, es sie sich zur Schlichtung der vier Großbetriebe entschloß. Der Beweis ist unumwandellich erbracht, daß von einer Aenderung versagt wurde, alle politisch oder gewerkschaftlich Andersdenkenden zu terrorisieren. Jede Autorität der Betriebsleitung wurde untergraben. Die Werke sollten mit Gewalt zur Stilllegung gebracht werden. Die Arbeiter haben gesagt, es handle sich beim Steuerabzug um ein Ausnahmengesetz gegen sie. Das ist falsch, der Steuerabzug war versicherungsmäßig beschlossen. Solange wir noch eine Regierung und einen Staat haben, sind wir verpflichtet, die Gesetzgebung durchzuführen. Ein anderer Weg als die Schlichtung der Betriebe blieb nicht mehr übrig. Diese Maßnahme wurde durch den Generalstreik beantwortet mit dem Motto: „Von der Hebamme bis zum Totengräber.“ Ein Wort des Dankes gebührt dem württ. Verkehrspersonal, der Verkehrswehr, der Technischen Hochschule (Braun), der Polizeiwache und ihrem ordentlichen Leiter.

ihnen ist es zu verdanken, daß es zu keinem blutigen Zusammenstoß kam. Die Regierung wird zufrieden sein, wenn Sie aus der Denkschrift den Eindruck gewinnen, daß die Regierung mit Ruhe nach allen Seiten vorgegangen ist. Die Steuerabzugsparole war der Vorwand, um eine Nachprüfung der Kommunisten, um eine Kraftprobe gegen die Regierung und gegen die Autorität des Staats zu wagen. Den Ausgang des Streiks empfanden die Arbeiter als wahre Erlösung. Wir stehen vor schwerer Arbeitslosigkeit, hauptsächlich infolge der Bedingungen von Versailles. Das bedeutet eine ungeheure Unterdrückung aller ultraliberalen Propaganda. Der Kommunismus hat sich nicht als geeignet erwiesen, aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch herauszuführen. Nur völlige nationale Geschlossenheit kann uns erhalten. Die Selbstsucht muß in allen Kreisen eingedämmt, die Lebenshaltung eingeschränkt werden. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit muß in allen Schichten lebendig, der Wille der Selbstbehauptung geweckt werden. (Lebh. Beif.)

Baden.

Karlsruhe, 18. Okt. Das Staatsministerium hat bei den staatlichen Beamten in Karlsruhe auf Wunsch der Mehrheit der Beamten die geteilte Arbeitszeit wieder eingeführt, die für den Winter vorläufig für sämtliche Staatsbetriebe in Geltung kommen soll. Eine endgültige Entscheidung soll aber damit nicht getroffen werden.

Pforzheim, 18. Okt. Der verantwortliche Schriftleiter der „Soz. Republik“, H. m. Jung in Karlsruhe, wurde wegen Beleidigung des Stadtverordneten Kaufmann Otto Kassenberger zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Jung hatte Kassenberger u. a. vorgeworfen, daß er dem Lebensmittelamt Schieberware angeboten habe.

Stuttgart, 18. Okt. Im hiesigen Spital ist ein Arztstreik ausgebrochen, der laut „Bad. Landst.“ in Zusammenhang mit der Neuweisung der Spitalarztsstelle steht, die Dr. Karl Springer vom Gemeinderat übertragen wurde. Neu eintretende Kranken- und Unglücksfälle werden vorläufig nicht behandelt, da der Ärzteverein über das Spital den Boykott verhängt hat.

Nußloch (bei Heidelberg), 18. Okt. Die hiesige Gemeinde hat beschlossen, auf die Inanspruchnahme des Wohnungsamts eine Art Steuer zu legen, und zwar sind von einem neuzuziehenden Mann 100 Mk., von einem zuziehenden Mädchen (oder Frau) 50 Mk., von einem Mann, der heiraten will, aber noch nicht 25 Jahre alt ist, 50 Mk. zu zahlen.

Hierburken, 18. Okt. Bei der von der Landwirtschaftskammer hier abgehaltenen Pferdeversteigerung wurden für 14 Pferde insgesamt 240 000 Mk. erzielt.

Vörrach, 18. Okt. Infolge der ungenügenden Kartoffelzufuhren fanden zwischen der Staatsanwaltschaft und den Vertretern der Arbeiterschaft Verhandlungen statt mit dem Ergebnis, daß falls die Kartoffelzufuhren in den nächsten Tagen nicht besser werden, die Staatsanwaltschaft mit Hilfe ihrer Organe und mit den hierzu bestimmten Vertretern der Arbeiterschaft die Kartoffelbestände in den einzelnen Gemeinden aufnehmen lassen wird. Die zurückgestellten Bestände werden beschlagnahmt und die Landwirte zur Bestrafung angezeigt. Die Staatsanwaltschaft hat in Gemeinschaft mit dem Gewerkschaftskartell Vörrach einen Mahnruf an die Landwirte von Vörrach-Land gerichtet, in dem diese aufgefordert werden, die Kartoffeln abzuliefern.

Ein Landwirt der Grenzgemeinde Inslingen verschob bei Nacht und Nebel eine Fuhre Kartoffeln nach der Schweizer Gemeinde Riehen, wobei er für den Zentner 15 Franken, nach dem heutigen Valutastand = 170 Mk., erlöste. Die Staatsanwaltschaft Vörrach hat gegen den Landwirt ein Strafverfahren eingeleitet.

Karlsruhe, 19. Okt. Am Samstag waren 100 Jahre verflossen, seit der Grundstein zu dem Ständehaus gelegt wurde, in dem noch heute der Landtag seine Sitzungen abhält. Als am 22. April 1819 das bad. Volk seine Verfassung bekommen hatte, wurde der Landtag im Groß-Schloß eröffnet. Zunächst tagten darin auch beide Kammern des Landtags. Dann, vom Juni 1820 ab hielt die zweite Kammer im Hause Schloßstraße 18 (jetzt Carl-Friedrichstraße 22), in dem zu Zeit der Badische Bauhand seine Möbelanstalt und Verkaufsräume hat, ihre Sitzungen ab. Die 1. Kammer tagte auch weiterhin im Schloß. Im August 1820 wurde die Errichtung eines Neubaus des Ständehauses beschlossen, mit einem Bauaufwand von 80 000 Gulden. Die Baupläne entwarf Oberbaudirektor Friedrich Weinbrenner, der Meister des Karlsruher Empire-Stils. Am 16. Oktober 1820 wurde in Gegenwart des Großherzogs der Grundstein zu dem Hause gelegt. Der Großherzog tat mit dem silbernen Hammer, den ihm Weinbrenner gereicht hatte, die üblichen Hammerschläge auf den Grundstein. In den Grundstein war ein Kapsel eingemauert worden, mit einer besonderen Kapselform aus Messing, in die u. a. auch die bad. Verfassung gelegt wurde. Am 4. November 1822 konnte dann das neue Haus bezogen werden. In seiner ursprünglichen Gestalt ist das Ständehaus bis zum Jahre 1884 verblieben.

Karlsruhe, 19. Okt. Dem Vernehmen nach soll den Direktorposten des staatl. Wasser- und Straßenbaus nicht mit einem Beamten sondern mit einem Ingenieur besetzt werden.

Bermischtes.

Die Ausschungen im Wieslautal haben zur Zeit des Eisenbahnbaus vom Remstal durch das Wieslautal auf den Weihenauer Wald die Verlegung des zwischen Überdorf und Klaffenbach gelegenen Hofs Birkenberg notwendig gemacht. Es schien, als haben sich inzwischen die Erdbewegungen beruhigt. Nun aber droht neuerdings eine katastrophale Entwicklung unter dem Einfluß des regenreichen Wetters der vergangenen Monate. Der unweit vom Birkenberghof gelegene Grauhaldenhof steht auf wackeliger noch mehr gefährdetem Untergrund. Schon zeigen sich Risse an den Gebäuden und bedenkliche Verschiebungen des Schalles, krumm der Hof ist im Aufsehen in der Richtung nach der Eisenbahnlinie begriffen. Das ganze wassergeschüttete, fettenreiche Gelände ist in langsame, aber steter Bewegung begriffen. Den Bauern Besorgnis nicht kaum eine andere Wahl, als ihr Heim zu verlassen, und dieses zu verlassen. Und das hat niemand vorgebildet als der „laulende Berg“, wie es im Schwabenland an vielen Stellen schon wiederholt vorkam.

Altenheim Lehnungen. Die Stadt Magdeburg hat das bekannte Jagdschloß Lehnungen des Kaisers käuflich erworben und wird darin ein Heim für pensionierte Beamte einrichten.

Nach auf der Brüsseler Konferenz wurden viele Zigarren geraucht oder mitgenommen, nämlich 80.000 Stück im Kostenbetrag von 3000 Pfund Sterling (720.000 Mark). Der Völkerverbund hat die Rechnung dem Obersten Rat zugestellt.

Bei Paris fuhr ein Automobilomnibus in einen Straßenbahnmasten, wobei zahlreiche Personen getötet und 12 schwer verwundet wurden.

Das kommt heron. Die Prinzessin Luise von Sachsen, die sich bekanntlich vor mehreren Jahren mit einem Charlatan namens Toselli, angeblich aus Italien, verheiratet hatte, hat mit dem Abenteuerer kein Glück gemacht. Der Herr Gemahl benutzte den Namen und die Einkünfte seiner Frau nur zu höchstigenen Geschäftszwecken und allerlei anderen Dingen. Die Prinzessin hat gegen Herrn Toselli schon verschiedene Prozesse führen müssen und neuerdings ist wieder einer, wie aus Rom berichtet wird, anhängig gemacht worden, weil Toselli das der Prinzessin zugesprochene Kind verlassen und die Gelber, die für das Kind ausgekehrt waren, für sich verwendet oder auf die Seite geschafft habe.

Marzstadt. Die Stadt, die nach Marz, dem Propheten des Kommunismus, ihren Namen trägt, liegt natürlich in Sowjetrußland, und noch dazu ist es eine deutsche Stadt auf russischem Boden. Sie gehört zu den deutschen Siedlungen, die zur Zeit der Kaiserin Katharina II. an der unteren Wolga im Gouvernement Saratow entstanden sind. Der Grundstock der Bevölkerung ist aus Wälgern gebildet, die von der großen Jaria durch Gemüderung von Grund und Boden ins Land gezogen wurden. Die Siedlungen, die ihre deutsche Sprache und ihr deutsches Wesen bis auf den heutigen Tag erhalten haben, zählten im ganzen mehr als 600.000 Einwohner in über 200 Dörfern. Der größte Ort zählte vor dem Krieg 18.000 Einwohner, ist aber jetzt, dank seiner Bedeutung als Mittelpunkt des Weizenhandels der Gegend, auf etwa 30.000 angewachsen. Ursprünglich hieß die Stadt Baronsk, dann der Gründerin zu Ehren Katharinenstadt; während des Kriegs wurde der deutsche Name ausgemerzt, und sie nahm die alte Benennung Baronsk wieder an, bis die Bolschewisten sie in Marzstadt umtaufeten. Der russische Berichterstatter des "Messengers", Luciano Magriani, hat kürzlich eine interessante Schilderung dieser merkwürdigen Stadt gegeben, in der man ein typisches Bild der russischen Kleinstadt vor sich hat. Den

Verordnungen auf dem Papier nach sind die deutschen Siedlungen an der Wolga autonom, doch wird sowohl der Ort Marzstadt wie die umliegenden Dörfer und Gutshöfe von Vertretern der Zentralverwaltung in Moskau regiert. Die in der Stadt stehenden Soldaten der Roten Armee sind Russen, die kaum ein Wort deutsch verstehen. Nach den Angaben Magriani's gibt es in der Stadt höchstens 250 Kommunisten, während die große Mehrheit der Bevölkerung Kleingrundbesitzer sind, die von Sowjetismus nichts wissen wollen. Die Sowjets setzen häufig den Requisitionen der Moskauer Zentralregierung bewaffneten Widerstand entgegen, wobei es wiederholt zu Einschüchungen der Widerspenstigen kam. Die Brotration ist größer als in den meisten Teilen Sowjetrußlands, so daß die Bevölkerung weniger unterernährt ist als z. B. in den Großstädten. Trotzdem geht, wie Magriani bemerkt, die Produktion der Industrie sowohl wie die der Landwirtschaft stetig zurück. Es zeigt sich auch hier die Erscheinung, daß die Landbewohner, um den Requisitionen zu entgehen, nur noch für ihren eigenen Bedarf anbauen, das übrige Land aber als Weideland liegen lassen.

Lokales.

Vermehrung der Kinderzulagen. Für die Zeit vom 1. April bis Ende Dezember 1920 kann Reichsbeamten und Soldaten der Wehrmacht im Fall der Bedürftigkeit über die Bestimmungen des Befolgungsgegesetzes hinaus die Kinderzulage von 50 Mk. pro Monat — ohne Teuerungszuschlag — weiter gewährt werden, sofern sie ihnen bereits bewilligt war, und zwar für Kinder nach tolldemem 21. Jahr, wenn sie sich noch in Schul- oder Berufsausbildung befinden oder wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen erwerbsunfähig sind. Für Stief- und Pflegekinder sind Neubewilligungen in Fällen, in denen die Bewilligung früher noch nicht ausgesprochen war, nicht gestattet.

Minderertrag der Ernte. Wie aus Berlin berichtet wird, ist der Minderertrag der heurigen Ernte nach den Erhebungen des Reichsernährungsamts auf 20 Prozent oder ein Fünftel zu schätzen.

Marken zu 100 und 50 Mark. Marken zu 100 und 50 Mark sind jetzt bei der Post zu haben. Es

sind dies Einkommensteuermarken, die bei den heutigen Geld- und Einkommensverhältnissen natürlich dringend gebraucht werden. Beide Marken sind in zweifarbigen Buchdruck auf weißem Papier hergestellt, das mit dem Wasserzeichen „Bierpap“ versehen ist. Die 100-Mark-Marke zeigt blau mit gelb einen einfachen ovalen Rahmen um die große Zahl 100. In dem Rahmen steht man „Einkommensteuer“ und „Mark“. Die Marke zu 50 Mk. zeigt den neuen Reichsadler ohne Krone und Bewehrung mit nach außen und oben gespreizten großen Flügelfedern. „Fünfzig Mark“ ist hier in Buchstaben ausgeschrieben.

Keine Plombierung der Gepäckstücke. Um den Verabungen der Gepäckstücke vorzugeben, hatte der Verband reisender Kaufleute Deutschlands beim Reichsverkehrsministerium angeregt, alle Gepäckstücke künftig unter Verschluss von Bleimarken ausliefern zu lassen. Der Vorschlag wurde indessen abgelehnt.

Vom 24. Oktober an wird in den Schlafwagen die 2. Klasse wieder eingeführt. In letzter Zeit konnten Schlafwagen nur mit einer Fahrkarte 1. Klasse benutzt werden.

Ablieferung billiger Kartoffeln. Der Verband landw. Genossenschaften Karlsruhe fordert im bad. landw. Genossenschaftsblatt die Landwirte auf, je nach Leistungsfähigkeit an die wirklich noleibende und bedürftige Bevölkerung in den Städten Kartoffeln zu 18—20 Mk. pro Zentner abzugeben. Infolge der großen Not und Teuerung können sich Tausende nicht mit Kartoffeln einkaufen. Der Aufruf schließt: „Landwirte, gebt rasch, damit das jetzt noch warme Wetter zur Beförderung ausgenutzt werden kann. Gebt reichlich! Ein harter Winter steht vor der Tür. Kohlen sind kaum erhältlich. Kälte und Dunkelheit werden unser Volk plagen. Sorgt Ihr dafür, daß nicht auch noch der Hunger dazu kommt. Helft, daß es wieder vorwärts und aufwärts geht.“

Bekanntmachung

betr.

Reichsumsatzsteuer

(Steueraufsicht beim Straßenhandel).

1. Diejenigen Personen, welche ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung oder außerhalb ihrer gewerblichen Niederlassung von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen, oder an anderen öffentlichen Orten innerhalb einer selbständig von ihnen ausgeübten Tätigkeit Lieferungen gegen Entgelt ausführen, sind verpflichtet, vor Beginn ihrer Verkaufstätigkeit den Eingang der Umsatzsteuer durch Anzahlung sicherzustellen.

2. Zu diesem Zweck haben sie ihren Betrieb beim Finanzamt anzumelden und bei der ersten Anmeldung und späterhin bei Beginn jedes Steuerabschnitts (Kalendervierteljahr) ein Straßensteuerheft zu lösen. Bei der Lösung des Straßensteuerheftes ist auf die Umsatzsteuer eine Anzahlung und zwar bei Steuerheft A mit 45 Mk., bei Steuerheft B mit 90 Mk. zu leisten.

3. In das Straßensteuerheft sind täglich die aus dem Verkauf der Waren erzielten Einnahmen (Umsätze) einzutragen. Sobald die vereinnahmten Beträge bei Heft A die Summe von 3000 Mk., bei Heft B die Summe von 6000 Mk. überschreiten, ist ein Nachtragsheft A oder B zu lösen und eine neue Anzahlung zu leisten.

4. Innerhalb einer Woche nach Schluß des Steuerabschnitts (Kalendervierteljahr) ist das Straßensteuerheft oder das letzte Nachtragsheft dem Finanzamt zur Abrechnung vorzulegen.

5. Angestellte von Inhabern einer gewerblichen Niederlassung, die im Auftrag und im Namen des Unternehmers außerhalb der gewerblichen Niederlassung Lieferungen ausführen, haben eine Bescheinigung des Finanzamts hierüber bei sich zu führen.

6. Das Straßensteuerheft und die vorerwähnte Bescheinigung sind bei Ausübung der Handelstätigkeit stets mitzuführen und auf Verlangen den Beamten der Polizei, Eisenbahn- und Finanzverwaltung vorzuzeigen.

7. Bei Nichtbefolgung dieser Vorschriften machen sich die Steuerpflichtigen einer Steuerzuidewandlung gemäß §§ 356 ff. A. O. schuldig. Dies gilt nicht nur wenn der Betrieb nicht angemeldet und die Anzahlung unterlassen wird, sondern auch dann, wenn der Steuerpflichtige das Steuerheft nicht bei sich führt, wenn er die Einnahmen nicht täglich aufzeichnet oder wenn er die rechtzeitige Beantragung eines Nachtragsheftes unterläßt. Die Steuerzuidewandlung ist mit Geldstrafe bedroht, auch kann u. U. dem Steuerpflichtigen die fernere Ausübung seiner Handelstätigkeit untersagt werden.

8. Die in Betracht kommenden Steuerpflichtigen werden aufgefordert, ihre Betriebe alsbald beim Finanzamt Neuenbürg anzumelden und unter Leistung der für sie in Frage kommenden Anzahlung für den Steuerabschnitt 1. Oktober bis 31. Dezember 1920 ein Straßensteuerheft zu lösen.

Neuenbürg, den 18. Oktober 1920.

Finanzamt: Mangold.

Gewerbeschule Wildbad.

Am Donnerstag, den 21. Oktober wird der Unterricht wieder aufgenommen und zwar

Klasse I u. Klasse III je um 4 Uhr,
Klasse II um 5 Uhr nachmittags.

J. B.: Dr. Großmann.

Schellfisch u. Cabliau

frisch eingetroffen,

Adolf Blumenthal.

Sprollenhaus.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung kommt am
Donnerstag, den 21. Oktober 1920
vormittags 11 Uhr

eine Kuh

zur Versteigerung. Zusammenkunft beim Schulhaus.

Wildbad, den 20. Oktober 1920.

Sähle, Gerichtsvollzieher.

Verein ehemal. Soldaten u. Kriegsteilnehmer.

Auskunfts- und Beratungsstelle für Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer, sowie für alle Kameraden des Württg. Kriegerbundes und deren Angehörige in der Geschäftsstelle: Stuttgart, Urbanstr. 12.

Mündliche Anfragen Dienstags und Freitags 3—5 Uhr. Beantwortung schriftlicher Anfragen jederzeit.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Die Gasheerde werden in den nächsten Tagen auf Wunsch mit

Kochgas-Regulierern und Sparern

D. R. G. Nr. 742525

versehen. Einer unserer Angestellten wird den Gebrauch derselben praktisch vorführen. Kein Rückschlagen der Flammen mehr. Die Lustlöcher unten an den Gasheerden sind von der Leucht nicht angebracht, um mit Lampen, Koch usw. verbedet zu werden, sondern um feuerlosflüchtige, also natürliche Luft zur Wärmeübertragung gelangen zu lassen. Dadurch große Ersparnis, teilweise bis zu 50 Prozent. Dies wird vollständig erreicht durch Einlegen unserer Sparern.

Sämtliche Angestellten sind mit Anweisungen versehen und arbeiten nur gegen Entlohnung. Preis per Setzt einschließlich Montagegebühr nur 3 Mk. In vielen Städten eingeführt und von vielen Gaswerken anerkannt.

Betreiber: Otto Krebsler,
Calw, Hirzauerstr. 224.

Warnung.

Diejenige Person, welche mir bei der „alten Linde“ ein neues, rundes Türleschloß weggenommen hat, wird aufgefordert, dasselbe bis Donnerstag wieder an denselben Platz zu stellen, andernfalls ich gerichtliche Anzeige erstatte. Der Dieb ist ausfindig gemacht.

Fried. Krauß, Küfer.

Entlaufen od. gestohlen, Foxterrier, weiß mit schwarzen Flecken.

Wiederbringer, oder derjenige der über den Verbleib des Tieres Angaben machen kann, erhält gute Belohnung. Riefler, Bergfriedens, Fernspr. 59.

Bestellungen auf Ia. Seifenpulver

nimmt fortwährend entgegen
Fr. Waidelich,
Krankenhaus.

Möbliertes Zimmer mit Pension, ist sofort zu vermieten. Näheres in der Exped.

Herren Stärke-Wäsche Grosswäscherei Schorpp.

Annahmestelle:
Witwe Volz
Wildbad
Wilhelmstr. 91.

Haubenneuze

in allen Haarfarben stets zu haben bei

Braun & Schlegel,
Friseur,
König-Karlstraße.

Felle! für Leder wie Pelz-Fabrikation kauft zu den allerhöchsten Tagespreisen an.

Erich Maischhofer,
moderne Tierausstopferei.
Cindenstr. 52 Pforzheim Telephon 1501

Rom. Chieregato

Wilhelm-Strasse 83.

Obst- und Südfrüchten-Handlung

- : Täglich frisches Obst : □
- : Sämtliche Südfrüchten : □
- Span. Weine :: Gemüse □

Letzte amtliche Kurse

(ohne Gewähr) mitgeteilt von der

Direction der Disconto-Gesellschaft

Zweigstelle Wildbad

früher Stahl & Federer, Aktiengesellschaft Filiale Wildbad.

Staatspapiere.	Pfandbriefe.
5% Deutsch. Reichsanleihe 79.50	4% Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank 103.90
4% dergl. 67.60	4% Frank. Hypothekenbk. 102.90
5% I. Deutsche Schatzanw. —	3 1/2% dergl. 89.—
4 1/2% dergl. p. l. 4. 1924 90.75	4% Frkf. Hypoth.-Cred. 92.25
Deutsche Sparpr.-Anl. 1919 87.50	3 1/2% dergl. 85.—
4% Preuss. Konsols 63.25	
3 1/2% dergl. 54.70	Industrie-Obligationen.
3% dergl. 51.10	4 1/2% Bad. Anilin- u. Sodaf. 115.—
4% Bad. Staats-Anleihe —	5% Chem. Fabr. Griesheim —
3 1/2% dergl. 72.—	4 1/2% Allg. Flekr.-Ges. 107.25
4% Württ. Staats-Anleihe 85.50	5% D. Uebersee-EL.-Ges. —
3 1/2% dergl. v. 1875 93.—	4 1/2% Maschinenf. Essling 101.—
3 1/2% dergl. v. 1879/80 79.75	4 1/2% M. Hohner A.-G.-Obl. 105.—
1885/90 —	
3 1/2% dergl. v. 1903 u. ff. 68.50	Aktien.
3% dergl. 69.—	Darmstädter Bank 102.50
Städte-Obligat.	Deutsche Bank 322.—
4% Baden-Baden —	Disc.-Kommandit Anteile 227.—
3 1/2% dergl. —	Dresdner Bank 201.—
4% Darmstadt 89.75	Hochmayer Bergb.-Gassst. 620.—
3 1/2% dergl. 78.—	Deutsch-Luxemb.-Bergw. 378.—
4% Esslingen 93.—	Gelsenkirchener Bergwerk 386.—
4% Frankfurt a. M. 104.75	Gelsenkirchener Gußstahl 547.—
3 1/2% dergl. 89.—	Harpener Bergbau 437.—
4% Freiburg i. Br. 92.50	Mannesmann 507.—
3 1/2% dergl. —	Phoenix Bergbau 688.—
4% Karlsruhe i. Bad. 97.75	Allg. Elektr.-Ges. 299.70
3 1/2% dergl. —	Bad. Anilin u. Sodafabr. 500.—
4% München 98.50	Chem. Fabr. Griesheim 355.—
4% Pforzheim 78.—	Daimler Werke 242.—
3 1/2% dergl. —	Maschinenfabrik Esslingen 209.75
4% Stuttgart 100.—	Gebr. Junghaus 278.—
3 1/2% dergl. 84.—	Magirus 309.—
4% Ulm a. D. —	Siemens u. Halske 332.—
3 1/2% dergl. —	Hamburg-Amerika-Pak. 180.50
Pfandbriefe.	Nordd. Lloyd 177.75
4% Württ. Hypothekenbk. 102.—	Devisen.
3 1/2% dergl. - verlosbar - 92.—	Amerika 70.—
3 1/2% dergl. per 1912/15 88.25	England 240.—
4% Württ. Kreditverein - 104.—	Frankreich 464.—
3 1/2% dergl. - ganzjährig - 88.50	Holland 2170.—
3 1/2% dergl. - halbjährig - 92.—	Schweden 1110.—